

Das neue Fürsorgerecht in der Praxis

Anwendung der Vorschriften SGB II und SGB XII

Von

Prof. Dr. jur. Ernst-Wilhelm Luthe

Direktor des Instituts für angewandte

Rechts- und Sozialforschung

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

und

Christa Dittmar

Teamleiterin in der ARGE Delmenhorst

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/3 503 08739 7](http://ESV.info/3_503_08739_7)

ISBN-13: 978 3 503 08739 6

ISBN-10: 3 503 08739 7

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: LUTZ Digitaler Medien Service, Berlin

Druck: Strauss, Mörlenbach

Vorwort

Nach Inkrafttreten der jüngsten Reformwelle im Bereich des Fürsorgerechts stehen alle Beteiligten völlig neuen Rechtsgebieten gegenüber. Hierbei ist die Kenntnis der Inhalte des Rechts eine zwar notwendige, nicht jedoch hinreichende Bedingung für einen zuverlässigen Gesetzesvollzug. Wichtig ist vor allem auch das „Wie“ der Rechtsanwendung im Rahmen einer nachvollziehbar geordneten und lückenlosen Fallbearbeitung. Erfahrungsgemäß ist es gerade die Umsetzungsproblematik, die in der praktischen Handhabung von Gesetzen nicht selten zu großer Verunsicherung führt. Für das neue Fürsorgerecht gilt dies umso mehr, als zwischen den beiden Gesetzen des SGB II und SGB XII vielschichtige Zusammenhänge existieren und insofern komplizierte Abgrenzungsfragen zu klären sind, die ohne systematische Anleitung kaum zugänglich erscheinen. In seiner Gesamtausrichtung aber ist das vorliegende Werk deshalb kein Lehrbuch im herkömmlichen Sinn, versteht sich vielmehr als „Praxiswegweiser“. Im Vordergrund steht das Bemühen, eine Entscheidungshilfe für den praktischen Gesetzesvollzug zu unterbreiten und dem Rechtsanwender eine ebenso schnelle wie zielsichere Einarbeitung in die neue Rechtsmaterie zu ermöglichen. Gleichwohl wird der Leser keine „einfachen Lösungen“ erwarten können: Nie zuvor war das Recht staatlicher Existenzsicherung so kompliziert wie heute. Und ebenso sicher ist: Nie war es so interessant, vielschichtig und bedeutungsvoll wie heute. Dass der zukünftige Stellenwert staatlicher Fürsorge im Gesamtsystem sozialer Sicherung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann, bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Ausführungen.

Inhaltliche Schwerpunkte bilden im Rahmen des SGB XII die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die sog. besonderen Leistungen (vormals Hilfe in besonderen Lebenslagen), im Rahmen des SGB II die Eingliederungsleistungen und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nebst detaillierter Klärung des gesetzlichen Nachrangs (Einkommen und Vermögen, Einsatz der Arbeitskraft, vorrangige Verpflichtungen Dritter). Der Leser lernt überdies die wichtigsten Grundsätze und die für ein modernes Fallmanagement unentbehrlichen Aktivierungsinstrumente staatlicher Fürsorge kennen. Schließlich widmet sich ein gesondertes Kapitel den wesentlichen Strukturen der Finanzierung privater Leistungserbringer, die nicht nur dem Organisationsmanagement, sondern schlechthin jedem mit professionellem Anspruch tätigen Mitarbeiter die hierfür notwendige Orientierungssicherheit im Umgang mit den ökonomischen Gegebenheiten seines Arbeitsbereichs verschaffen. Insgesamt kann so die alltägliche Arbeit am Gesetz durch Hinweise zum Aufbau einer Fallbearbeitung und „Checklisten“ zur raschen Orientierung innerhalb der einzelnen Maßnahmebereiche erleichtert werden.

Zweifelsohne aber war dieses Buch für die Autoren eine besondere Herausforderung. In mancherlei Hinsicht konnte auf die bisherige Entscheidungspraxis der Gerichte und die bisherige fachwissenschaftliche Auseinandersetzung zum Sozialhilferecht zurückgegriffen werden. Vieles aber ist neu, unerprobt und harrt weiterer gerichtlicher und fachwissenschaftlicher Klärung. Nicht zuletzt deshalb sind die Autoren für Anregungen jedweder Art stets dankbar.

Im Mai 2005

Die Autoren

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort.....	5
Inhaltsverzeichnis.....	9
Abkürzungsverzeichnis.....	19
Teil 1: Fürsorgerecht.....	25
I. Struktur des Fürsorgerechts.....	27
II. Wesentliche Neuerungen im Überblick.....	33
Teil 2: Sozialhilfe.....	39
A. Allgemeiner Teil.....	41
I. Grundsätze.....	41
II. Sonstige Regelungen von allgemeiner Bedeutung.....	49
B. Hilfe zum Lebensunterhalt.....	65
I. Überblick.....	65
II. Prüfungsschema zur Ermittlung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt.....	66
III. Hilfeberechtigung.....	71
IV. Sonstige Regelungen.....	113
C. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ...	119
I. Überblick.....	119
II. Prüfungsschema.....	120
III. Hilfeberechtigung.....	123
D. Besondere Leistungen.....	129
I. Grundsätze.....	129
II. Prüfungsaufbau.....	136
III. Hilfen zur Gesundheit.....	142
IV. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.....	154
V. Hilfe zur Pflege.....	172
VI. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.....	183
VII. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts.....	192
VIII. Altenhilfe.....	194
IX. Blindenhilfe.....	196
X. Hilfe in sonstigen Lebenslagen.....	198

XI. Bestattungskosten	198
XII. Erweiterte Hilfe	200
XIII. Besonderheiten des Einsatzes von Eigenmitteln	201
Teil 3: Grundsicherung für Arbeitsuchende	211
A. Allgemeiner Teil	213
I. Grundsätze	213
II. Sonstige Regelungen von allgemeiner Bedeutung	215
B. Hilfberechtigung und Zuordnung des Personenkreises ..	227
I. Zur Orientierung	227
II. Systematik	228
III. Erwerbsfähigkeit	229
IV. Altersbegrenzung	234
V. Hilfebedürftigkeit	235
VI. Bedarfsgemeinschaft	236
VII. Gewöhnlicher Aufenthalt	238
VIII. Ausgeschlossener Personenkreis	238
IX. Beispiele aus dem Zuordnungswirrwarr	241
C. Eingliederungsleistungen	245
I. Prüfungsschema	245
II. Ausgewählte Leistungsbereiche	257
III. Zur Eingliederungsvereinbarung	278
IV. Zu den Sanktionen	282
D. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	287
I. Prüfungsschema	287
II. Hilfebedürftigkeit im Einzelnen	291
III. Leistungen	314
IV. Sozialversicherung	326
Teil 4: Grundzüge der Finanzierung von Leistungserbringern	335
Stichwortverzeichnis	349

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort.....	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	19

Teil 1: Fürsorgerecht

I. Struktur des Fürsorgerechts

1. Grundstrukturen.....	27
a) Fürsorge im Sozialleistungssystem.....	27
b) SGB II und SGB XII im System öffentlicher Fürsorge	28
2. Reformziele des Gesetzgebers	30
3. Leistungsarten und Zuordnungskriterien.....	31
4. Rangfolge der Leistungen.....	33

II. Wesentliche Neuerungen im Überblick

1. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII.....	33
2. Besondere Hilfen nach dem SGB XII.....	34
3. Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialgeld nach dem SGB II ..	36

Teil 2: Sozialhilfe

A. Allgemeiner Teil

I. Grundsätze

1. Aufgabe und Ziel der Sozialhilfe	41
2. Bedarfsdeckungsprinzip	41
3. Nachrang der Sozialhilfe	42
4. Individualisierungsgrundsatz.....	44
5. Rechtsanspruch auf Sozialhilfe	47
6. Familiengerechte Leistungen.....	47
7. Wirtschaftlichkeitsgrundsatz	48

II. Sonstige Regelungen von allgemeiner Bedeutung

1. Anspruchsübergang	49
a) Überleitung von Ansprüchen nach § 93 SGB XII	49
b) Übergang von Unterhaltsansprüchen	50
2. Träger und Zuständigkeiten	51
a) Sachliche Zuständigkeit.....	52
b) Örtliche Zuständigkeit	53

3. Kostenerstattung	54
a) Kostenerstattung zwischen den Trägern der Sozialhilfe.	54
aa) Vorläufige Leistung in ungeklärten Fällen oder Eilfällen.	54
bb) Verlassen der stationären Einrichtung oder anderen Familie	55
cc) Einreise aus dem Ausland	55
b) Rückforderung von Sozialleistungen	56
4. Aktivierung des Leistungsberechtigten.	59
a) Beratung und Unterstützung, Aktivierung	59
b) Leistungsabsprache	60
5. Wichtige Verfahrensgrundsätze	61
a) Amtsermittlungsgrundsatz	61
b) Mitwirkungspflichten	62
c) Einsetzen der Sozialhilfe	63
6. Rechte und Pflichten im Überblick	63
B. Hilfe zum Lebensunterhalt	
I. Überblick	65
II. Prüfschema zur Ermittlung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt	66
1. Formelle Anforderungen	66
2. Materielle Voraussetzungen	68
3. Ermittlung der Höhe der Hilfe zum Lebensunterhalt	69
III. Hilfeberechtigung	
1. Nachrang der Sozialhilfe	71
a) Einsatz der Arbeitskraft	71
b) Einsatz des Einkommens.	72
aa) Einkommen nach § 82 SGB XII.	72
bb) Zuflusstheorie	74
cc) Zweckbestimmte Leistungen und anrechnungsfreie Zuwendungen	75
dd) Bereinigung des Einkommens nach § 82 Abs. 2 SGB XII	76
ee) Absetzungsbeträge nach § 82 Abs. 3 SGB XII	78
ff) Existenzminimumgarantiebetrag	79
c) Einsatz des Vermögens	79
aa) Abgrenzung von Einkommen und Vermögen	80
bb) Schonvermögen	81
cc) Härteregelung nach § 90 Abs. 3 SGB XII	88
dd) Darlehen nach § 91 SGB XII	89
d) Ansprüche gegen Dritte.	90
2. Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften	91
a) Bedarfsgemeinschaft nach § 19 Abs. 1 Satz 2 SGB XII	91
b) Haushaltsgemeinschaft nach § 36 SGB XII.	92
c) Eheähnliche Gemeinschaft nach § 20 SGB XII.	95
3. Notwendiger Lebensunterhalt gem. § 27 SGB XII	97
a) Regelsatz	98

b) Unterkunftsbedarf	101
c) Heizkostenbedarf	104
d) Mehrbedarf nach § 30 SGB XII	105
e) Einzelfall-Sonderbedarf nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII	107
f) Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen	108
g) Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	109
h) Alterssicherung und Sterbegeldvorsorge	110
i) Besonderer Bedarf für Kinder und Jugendliche	111
j) Einmalige Bedarfe	111
IV. Sonstige Regelungen	
1. Hilfestellung nach § 19 Absatz 5 SGB XII	113
2. Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen	113
3. Darlehen bei vorübergehender Notlage	115
4. Sonderregelung für Auszubildende	115
5. Sonderregelung für Leistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch	117
C. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
I. Überblick	119
II. Prüfungsschema	120
1. Formelle Anforderungen	120
2. Materielle Voraussetzungen	121
III. Hilfeberechtigung	
1. Anspruchsberechtigter Personenkreis	123
2. Hilfeberechtigung nach §§ 41 Abs. 2 und 19 Abs. 2 SGB XII	125
3. Einsatzgemeinschaft nach § 43 Abs. 1 SGB XII	125
4. Umfang der Leistungen	125
5. Aufenthalt in stationären Einrichtungen	126
D. Besondere Leistungen	
I. Grundsätze	129
1. Subsidiarität	129
2. Kostenerwägungen	131
3. Wunschrecht	132
4. Leistungen für Einrichtungen, Vorrang anderer Leistungen	134
5. Vorrang von Prävention und Rehabilitation	136
II. Prüfungsaufbau	136
a) Auswahl der Hilfearten	137
b) Leistungsabsprache und Förderplan, persönliches Budget	137
c) Rechtsanspruch auf Leistungen	137
d) Leistungen in teilstationären oder stationären Einrichtungen	137
e) Einsatzgemeinschaft nach § 19 Abs. 3 SGB XII	138
f) Zumutbarkeit des Einkommenseinsatzes	138
g) Einzusetzendes Einkommen	138
h) Einkommensgrenzen	139

i) Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze	140
j) Einsatz des Einkommens unter der Einkommensgrenze	140
k) Einkommenseinsatz bei mehrfachem Bedarf	141
l) Zuordnung des Bedarfs	141
m) Einsatz des Vermögens	141
n) Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers	142
III. Hilfen zur Gesundheit	
1. Leistungserbringung, Vergütung	142
2. Nachrang	145
3. Vorbeugende Gesundheitshilfe	146
4. Hilfe bei Krankheit	147
5. Hilfe zur Familienplanung	151
6. Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft	151
7. Hilfe bei Sterilisation	153
IV. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	
1. Aufbau der Fallbearbeitung	154
2. Nachrang	156
a) SGB II	156
b) SGB III	157
c) SGB V	157
d) SGB VI	157
e) SGB VII	158
f) SGB VIII	158
g) SGB XI	158
h) SGB XII	159
i) Alterssicherung für Landwirte	159
j) Kriegsopferversorgung/Kriegsopferfürsorge	159
3. Leistungsvoraussetzungen	160
4. Leistungen	162
a) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§ 26 SGB IX)	162
b) Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 33 SGB IX)	163
c) Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (§ 41 SGB IX)	165
d) Leistungen zur Teilhabe in der Gemeinschaft (§ 55 SGB IX)	166
e) Eigenständige Hilfen nach § 54 Abs. 1 i.V.m. der Eingliederungs- hilfe-VO	167
f) Beihilfen zu Besuchsreisen (Abs. 2)	168
5. Sonderregelung für behinderte Menschen in Einrichtungen	168
6. Trägerübergreifendes persönliches Budget	168
7. Gesamtplan	170
8. Kostenfreistellung	171
V. Hilfe zur Pflege	
1. Aufbau der Fallbearbeitung	172

2. Leistungsvoraussetzungen	176
3. Leistungen	178
4. Leistungskonkurrenz	181
VI. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	
1. Prüfungsschema	184
2. Personenkreis	186
3. Nachrang	188
a) Allgemeiner Nachrang	188
b) Interner Nachrang	189
4. Leistungen	189
5. Einkommen und Vermögen	191
VII. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	
1. Nachrang	192
2. Leistungsvoraussetzungen	192
3. Leistungen	193
VIII. Altenhilfe	
1. Nachrang	194
2. Leistungsvoraussetzungen	194
3. Leistungen	194
4. Einkommen und Vermögen	196
IX. Blindenhilfe	
1. Nachrang	196
2. Leistungsvoraussetzungen	197
3. Leistungen	197
X. Hilfe in sonstigen Lebenslagen	198
XI. Bestattungskosten	198
XII. Erweiterte Hilfe.	200
XIII. Besonderheiten des Einsatzes von Eigenmitteln	
1. Einkommensgrenze	201
2. Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze	202
3. Einkommenseinsatz nach Bedarfswegfall	203
4. Einmalige Leistungen	204
5. Einsatz des Einkommens unter der Einkommensgrenze	204
6. Einsatz des Einkommens bei mehrfachem Bedarf	206
7. Einsatz des Vermögens	207
8. Besonderheiten beim Übergang von Ansprüchen	208
Teil 3: Grundsicherung für Arbeitsuchende	211
A. Allgemeiner Teil	
I. Grundsätze	213
1. Aufgabe und Ziel des Gesetzes	213

2. Grundsätze	214
II. Sonstige Regelungen von allgemeiner Bedeutung	
1. Ansprüche gegen Dritte	215
a) Überleitung von Ansprüchen nach § 33 SGB II	215
b) Besonderheiten bei der Überleitung von Unterhaltsansprüchen	216
2. Kostenerstattung	218
a) Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X	218
b) Vorläufige Zahlungseinstellung	218
c) Erstattung von Beiträgen für die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung	219
d) Kostenersatz des Leistungsberechtigten nach § 34 SGB II	219
e) Erbenhaftung	220
f) Aufrechnung	220
3. Mitwirkungspflichten	220
4. Zuständigkeiten und Träger	223
a) Leistungsträger	223
b) Zuständigkeit	224
B. Hilfeberechtigung und Zuordnung des Personenkreises	
I. Zur Orientierung	227
II. Systematik	228
III. Erwerbsfähigkeit	
1. Allgemeines	229
2. Krankheit und Behinderung	229
3. Absehbare Zeit	232
4. Übliche Bedingungen	232
5. Allgemeiner Arbeitsmarkt	232
6. Erwerbsfähigkeit von mindestens 3 Stunden	233
7. Sonderregelung für Ausländer	233
8. Feststellung der Erwerbsfähigkeit	234
IV. Altersbegrenzung	234
V. Hilfebedürftigkeit	235
VI. Bedarfsgemeinschaft	236
VII. Gewöhnlicher Aufenthalt	238
VIII. Ausgeschlossener Personenkreis	238
IX. Beispiele aus dem Zuordnungswirrwarr	241
C. Eingliederungsleistungen	
I. Prüfungsschema	245
a) Sachverhaltsermittlung	245
b) Eingliederungsgrundsätze	245
c) Eingliederungsleistungen nach § 16 Abs. 1	247

d) Eingliederungsleistungen nach Abs. 2.	250
e) Eingliederungsleistungen nach Abs. 3.	250
f) Eingliederungsvereinbarung	252
g) Zumutbarkeit von Arbeit	252
h) Sanktionen	254
i) Sonstiges.	256
II. Ausgewählte Leistungsbereiche	
1. Vermittlung.	257
a) Vermittlungsangebot	257
b) Beauftragung Dritter/PSA	257
2. Maßnahmen der Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen.	258
3. Mobilitätshilfen	259
4. Weiterbildungsförderung	260
5. Eingliederungszuschüsse.	263
6. Einstellungszuschuss bei Neugründung	264
7. Job-Rotation.	265
8. Förderung der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung	265
9. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	266
10. Förderung der Berufsausbildung und Beschäftigung begleitende Eingliederungshilfen	269
11. Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung	271
12. Ergänzungsförderung	273
13. Behindertenförderung	273
14. Sonstige weitere Leistungen	275
15. Einstiegsgeld.	275
16. Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	276
17. Arbeitsgelegenheiten	277
III. Zur Eingliederungsvereinbarung	278
IV. Zu den Sanktionen	282
1. Sanktionsereignisse	282
2. Verletzung von Meldepflichten	283
3. Absenkung bei wiederholten Sanktionsereignissen	284
4. Weitere Absenkungstatbestände	285
5. Sonderregelung für Berechtigte unter 25 Jahren	286
6. Beginn und Dauer der Absenkung	286
D. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	
I. Prüfschema	287
1. Formelle Anforderungen	288
2. Materielle Voraussetzungen	289
3. Ermittlung der Leistungen	290
II. Hilfebedürftigkeit im Einzelnen	
1. Allgemeines	291

2. Aufnahme einer zumutbaren Arbeit	291
3. Einsatzgemeinschaft nach § 9 Abs. 2 SGB II	292
4. Haushaltsgemeinschaft nach § 9 Abs. 5 SGB II	295
5. Einsatz des Einkommens	298
a) Einkommen nach § 11 Abs. 1 SGB II	298
b) Anrechnungsfreie Einkünfte und zweckbestimmte Leistungen und Zuwendungen	299
c) Zuflusstheorie	301
d) Bereinigung des Einkommens nach § 11 Abs. 2 SGB II	303
e) Freibetrag für Erwerbstätige nach § 30 SGB II	304
6. Einsatz des Vermögens	305
a) Ermittlung des Vermögens i. S. d. § 12 Abs. 1 SGB II	305
b) Absetzungsbeträge nach § 12 Abs. 2 SGB II	306
c) Schonvermögen nach § 12 Abs. 3 SGB II	307
d) Darlehen nach § 9 Abs. 4 SGB II	311
7. Ansprüche gegen Dritte	312
8. Kinderzuschlag nach § 6a BKGG	313

III. Leistungen

1. Regelleistung	314
a) Arbeitslosengeld II	314
b) Sozialgeld	317
2. Mehrbedarfe	317
3. Leistungen für Unterkunft und Heizung	319
a) Unterkunftskosten	319
b) Heizkosten	322
4. Abweichende Erbringung von Leistungen	322
a) Einmalige Leistungen	322
b) Darlehen nach § 23 Abs. 1 SGB	323
c) Erbringung der Regelleistung als Sachleistung	324
d) Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen	324
5. Befristeter Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld	324
6. Sozialversicherung	326

IV. Sozialversicherung

1. Kranken- und Pflegeversicherung	326
a) Versicherungspflicht	326
b) Familienversicherung	327
c) Arbeitslosengeld II bei Arbeitsunfähigkeit	328
d) Bemessungsgrundlage und Beitragssätze	329
2. Rentenversicherung	330
a) Versicherungspflicht	330
b) Bemessungsgrundlage und Beitragssatz	331
3. Zuschuss bei Befreiung von der Versicherungspflicht	331
a) Rentenversicherung	331

b) Kranken- und Pflegeversicherung	332
4. Unfallversicherung	333
Teil 4: Grundzüge der Finanzierung von Leistungserbringern	335
1. Überblick	337
2. Europäisches Recht	339
3. Relevante Regelungen des SGB II und XII	341
a) Subvention	341
b) Gewährleistungsverpflichtung	342
c) Entgeltfinanzierung im Dreiecksverhältnis	342
d) Örtliche Zusammenarbeit nach SGB II	346
Stichwortverzeichnis	349